

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 10.5.2010

Sitzungsort: **A 013**

Beginn der Sitzung um **19.00** Uhr.

Ende der Sitzung um **21.40** Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

### Mitglieder

- Dahmen
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Schmitz, H.

- Riedel

### Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Stadtkämmerer  
GLB  
- 01-

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- |   |     |
|---|-----|
| <input type="checkbox"/> Vetterling                 | CDU |
| <input type="checkbox"/> Boley                      | CDU |
| <input type="checkbox"/> Stilz                      | CDU |
| <input type="checkbox"/> Dr. Dahm                   | CDU |
| <input type="checkbox"/> Ehrenstein                 | CDU |
| <input type="checkbox"/> Fischer                    | CDU |
| <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| <input type="checkbox"/> Hans                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Hepp                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Köllejan                   | CDU |
| <input type="checkbox"/> Pohl                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Pütz                       | CDU |
| <input type="checkbox"/> Rau                        | CDU |
| <input type="checkbox"/> Simons                     | CDU |
| <input type="checkbox"/> Vogel                      | CDU |

- |                                   |     |
|-----------------------------------|-----|
| <input type="checkbox"/> Grafe    | SPD |
| <input type="checkbox"/> Weesbach | SPD |
| <input type="checkbox"/> Blanke   | SPD |
| <input type="checkbox"/> Jung, E. | SPD |
| <input type="checkbox"/> Klein    | SPD |
| <input type="checkbox"/> Richter  | SPD |
| <input type="checkbox"/> Vilkmann | SPD |
| <input type="checkbox"/> Weitz    | SPD |

- |  |       |
|--|-------|
| <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Konertz           | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Niclasen          | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Dr. Tieke         | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Weber             | Grüne |

- |   |     |
|---|-----|
| <input type="checkbox"/> Brämer         | FDP |
| <input type="checkbox"/> Müller-Neimann | FDP |
| <input type="checkbox"/> Wehr           | FDP |

- |                                  |        |
|----------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> Baule   | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Bohlken | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Mainzer | fw/bVb |

- |                                |       |
|--------------------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Sauer | LINKE |
|--------------------------------|-------|



## B) Öffentlicher Teil

### 2. Niederschrift vom 19.4.2010

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 19.4.2010 werden keine Einwände erhoben

### 3. Haushaltssatzung

**hier: Anzeigeschreiben Kommunalaufsicht**

**Bezug: Rat 1.3.2010**

**Vorlage-Nr. 40/09 s**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte Anzeigeschreiben des Rhein-Erft-Kreises zum Haushalt 2010 zur Kenntnis.

### 4. Gesamtabschlussrichtlinie

**Vorlage-Nr. 23/10**

**Ratsherr Hosmann** (CDU) kritisiert, dass zum Studium dieser umfangreichen Vorlage viel mehr Zeit notwendig gewesen sei, als man tatsächlich gehabt habe. Er bittet, dies künftig zu beachten.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, ob der Text gesetzlich vorgeschrieben sei und man diesem somit „blind“ zustimmen könne.

**Stadtkämmerer Freytag** verneint dies. Lediglich der Termin 31.12.2010 sei gesetzlich vorgeschrieben. Die Gesamtabschlussrichtlinie fuße auf einer Empfehlung der Modellkommunen, die ihrerseits eine Musterrichtlinie erarbeitet hätten, die – ergänzt um die besonderen örtlichen Gegebenheiten– als Basis für die Vorlage gedient habe.

Im Übrigen habe man die Gesamtabschlussrichtlinie im Einzelnen mit den Stadtwerken abgestimmt.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) gibt zu bedenken, dass ursprünglich tatsächlich ein erheblicher Beratungsbedarf bestanden habe. Zwischenzeitlich habe man jedoch einige Fragen klären können, zumal man gehört habe, dass die Formulierung auch mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass man hier nichts „über's Knie“ brechen sollte. Zumindest über die Aussagen zu den stillen Reserven und den stillen Lasten (IV) müsse seiner Ansicht nach im Aufsichtsrat der Stadtwerke noch einmal gesprochen werden. Er schlage daher vor, die Beschlussfassung bis zur endgültigen Klärung zurückzustellen.

**Stadtkämmerer Freytag** erläutert nochmals die Vorlage und nimmt insbesondere Bezug auf die angesprochene Ermittlung der stillen Reserven und der stillen Lasten.

Er bittet, wenn möglich den Beschluss in der kommenden Ratssitzung zu fassen, damit auf dieser Grundlage die weiteren Arbeiten erfolgen und auch Fragen geklärt werden könnten.

Im Übrigen handele es sich hier um eine verwaltungsmäßige Aufgabe; der Aufsichtsrat sei nicht tangiert. Er sagt nochmals zu, alle Fragen nach der entsprechenden Beschlussfassung im Rat auf Basis der dann bestehenden Gesamtabschlussrichtlinie zu klären.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) befürchtet, dass möglicherweise nichts mehr geändert werden könne, wenn man jetzt den Beschluss fasse. Er könne allerdings die Folgen z.Z. nicht überblicken, so dass ihm eine verantwortungsvolle Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass bis zur nächsten Ratssitzung noch eine Woche Zeit sei, die genutzt werden könne, um offene Fragen zu klären.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (DIE LINKE) kritisiert ebenfalls die kurzfristige Vorlage. Die Zeit habe zur ausgiebigen Betrachtung der Vorlage nicht gereicht.

**Bürgermeister Kreuzberg** verwarft sich gegen den versteckten Vorwurf, dass hier etwas nicht form- oder fristgerecht vorgelegt worden sei. Natürlich könne man die Angelegenheit noch zurückstellen, wenn tatsächlich noch Beratungsbedarf bestehe. Er schlägt vor, Unklarheiten telefonisch oder per Mail mit dem Stadtkämmerer zu klären und zu versuchen, sich bis zur Ratssitzung Klarheit zu verschaffen. Falls bis dahin immer noch Fragen offen seien, könne man die Angelegenheit selbstverständlich vertagen. In diesem Falle bitte er um entsprechende Mitteilung, da er den Punkt dann von der Tagesordnung nehmen werde.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) fragt, was passiere, wenn die in der Vorlage angegebenen Fristen nicht eingehalten werden könnten.

**Stadtkämmerer Freytag** berichtet, dass gerade diesbezüglich eine Absprache mit den Stadtwerken erfolgt sei. Die Nichteinhaltung der Termine wäre eine Ausnahme und in diesem Falle müsse man überlegen, wie man weiter verfahre. Die Fristverstreichung führe allerdings nicht zu Sanktionen. Gemäß Absprache mit den Stadtwerken sei die Einhaltung der angegebenen Termine in aller Regel möglich.

**Bürgermeister Kreuzberg** fordert abschließend nochmals dazu auf, Fragen an den Stadtkämmerer in dieser Angelegenheit zu richten.

## **5. Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz Vorlage-Nr. 24/10**

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt nach der Höhe der auf die Stadt zukommenden Kosten und nach dem Prozessrisiko.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass die Höhe der Kosten davon abhängig seien, wie viele Kommunen sich beteiligten; man rechne allerdings mit einer hohen Beteiligung. Nach Aussage des Städte- und Gemeindebundes kämen auf die Stadt einwohnerabhängige Kosten in Höhe eines dreistelligen oder geringen vierstelligen Betrages zu.

Das Prozessrisiko sei aufgrund der sehr komplexen Thematik äußerst schwierig zu beurteilen. Auf die weitere Frage des **Fraktionsvorsitzenden Klug (CDU)**, ob man je nach Ausgang des Verfahrens möglicherweise Gelder zurückzahlen müsse, teilt **Stadtkämmerer Freytag** mit, dass es lediglich um eine Regelung für die Zukunft gehe und eine Schlechterstellung ausgeschlossen sei.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) kann den Sinn für einen Klagebeitritt nicht erkennen. Dieser werde im Übrigen auch von einem juristisch versierten Fraktionskollegen, der gleichzeitig Dezernent in einer Nachbarkommune sei, in Frage gestellt.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass eine gemeinsame Beteiligung in der sogenannten kommunalen Familie üblich sei. Da eine Klärung auf politischer Ebene nicht passiert sei, gehe es hier um eine Unterstützung zur Klärung der Rechtsproblematik.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) fragt, ob man nicht der kleinsten Gemeinde aufgrund des geringen Streitwertes den Vortritt lassen sollte.

**Stadtkämmerer Freytag** hält dem entgegen, dass der Streitwert nicht maßgebend sei und die Höhe der Kosten nicht wesentlich beeinflusse. Es gehe hier um eine Beteiligung an den Kosten für die notwendigen umfangreichen Gutachten.

Auf die Frage des **Fraktionsvorsitzenden Klug** (CDU), ob auch die Städte Nutznießer seien, die sich an der Klage nicht beteiligten, wenn diese Erfolg habe, antwortet **Stadtkämmerer Freytag**, dass dies der Fall sei. Es gehe hier um die Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung und die Erreichung einer hohen Beteiligung, um die Kosten für jede einzelne Kommune zu reduzieren.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) spricht sich vor diesem Hintergrund für eine Beteiligung der Stadt Brühl aus.

Auch **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass man sich vor dem Hintergrund der Stärkung der Solidargemeinschaft der Klage anschließen solle um hiermit auch ein deutliches Zeichen zu setzen.

---

Der Rat der Stadt Brühl beschließt, sich der Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz anzuschließen bzw. für den Fall, dass keine direkte Verfahrensbeteiligung notwendig oder möglich ist, das Verfahren durch anteilige Übernahme der Kosten zu unterstützen.

- einstimmig -

## 8. Bahnhofsumfeld

Bezug: HA 19.4.10

Vorlage-Nr. 11/09 b

- Ä -

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erinnert daran, dass es bereits einen Ratsbeschluss gebe, der den Bürgermeister beauftrage, die Planvariante A umzusetzen. Er frage sich daher, welchen Sinn diese „Quenqelvorlage“ habe.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) erklärt, dass man dem Bürgermeister erneut ein einstimmiges Votum an die Hand geben wolle, um die Wünsche des Rates nochmals zu bekräftigen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) gibt zu bedenken, dass z.Z. im Bahnhofsumfeld einiges in Gange sei. S. E. bestehe die Gefahr, dass es Beeinträchtigungen durch andere Beteiligte geben könnte, die nicht im Sinne der Stadt Brühl sind. Es sei daher durchaus sinnvoll, nochmals deutlich zu sagen, dass die Stadt auf die Durchführung ihrer Pläne bestehe.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) hält dem entgegen, dass er den Bürgermeister so einschätze, dass dieser durchaus in der Lage sei, sich - auch ohne nochmaligen Bestätigungsbeschluss – durchzusetzen.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt, dass es seit der letzten Kommunalwahl eine neue Fraktion im Rat der Stadt Brühl gebe und er mit einem Einheitsbild nochmals die Bedeutung klar machen wolle. Er bitte daher den neuen Rat, insbesondere auch jetzt nach der Landtagswahl, ein wichtiges Zeichen zu setzen und den bereits gefassten Beschluss nochmals zu bekräftigen.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) plädiert dafür, in diesem Falle den Beschlussentwurf entsprechend zu ändern und darauf abzustellen, dass hiermit nochmals der Ratsbeschluss vom 27. April 2009 unterstützt werden solle.

**Fraktionsvorsitzender Riedel** (DIE LINKE) erklärt, dass auch seine Fraktion die Planvariante befürworte.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt ihn, erneut mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen über die Bahnhofsumfeldgestaltung mit dem Ziel zu verhandeln, die Ensemblewirkung der Grünfläche zwischen Bahnhofsgebäude, Max Ernst Museum und Comesstraße zu erhalten. Gleichzeitig bekräftigt der Rat nochmals seinen Beschluss vom 27. April 2009 zur Umgestaltung des Brühler Bahnhofs bzw. des Bahnhofsumfeldes gem. Planvariante A.

- einstimmig -

## 7. Antrag

### 7.1 Alkoholverbot im öffentlichen Straßenraum

**hier: Anfrage Dr. Petran (SPD) vom 23.11.09**

**und Antrag der SPD-Fraktion vom 6.1.2010**

**Bezug: HA 23.11.09, HA 18.1. u. 19.4.2010**

**Vorlage-Nr. 9/10 + a**

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet von der angekündigten Gesprächsrunde mit den Gastronomen der Innenstadt. Die Gespräche seien äußerst konstruktiv gewesen und von einer erstaunlichen Bereitschaft der Gastronomen zur Mithilfe gezeichnet gewesen. Äußerst bemerkenswert sei der Vorschlag der Gastwirte gewesen, ein einmal erteiltes Hausverbot gemeinsam zu vertreten und durchzusetzen.

Er berichtet im Folgenden von geplanten Werbeaktionen, bei denen insbesondere deutlich gemacht werden soll, dass sich auch die Gastronomen ausdrücklich für die Erhaltung von Werten und von Respekt und gegen Randale aussprechen würden. Ein entsprechender Wertekatalog werde erstellt, der noch vor den Sommerferien umgesetzt werden soll.

Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei solle intensiviert werden; bei entsprechenden Vorfällen erfolge unverzüglich eine Meldung. Letztes Mittel, allerdings ebenfalls angesprochen worden, seien Kontrollgänge durch eine private Sicherheitsfirma.

Die gesamte Aktion werde auf einer Pressekonferenz vor den Sommerferien vorgestellt, um auch die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) fragt, ob auch die Gastwirte des Balthasar-Neumann-Platzes mit einbezogen worden seien.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass es z.Z. nur um die Innenstadt gehe. Je nach Personalausstattung der Polizei werde jedoch noch über eine Ausdehnung entschieden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet um rechtliche Prüfung des geplanten einheitlichen Hausverbots.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass es sich hier um eine reine Privatsache zwischen den Gastronomen handele. Er bewundere deren Solidarität, in die sich die Stadt nicht einmischen dürfe.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) zeigt sich erfreut über das positive Ergebnis des Antrages seiner Fraktion. Im Rahmen der Inanspruchnahme privater Dienste müsse man allerdings darauf achten, dass die Installierung sogenannter „Stadtsheriffs“ verhindert werde.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass völlig klar sei, welche Kompetenzen private Sicherheitsunternehmen hätten. Im Übrigen sei diese Maßnahme z.Z. auch nicht gewollt. Auch gebe er zu bedenken, dass ein gewisses Nachtleben in der Innenstadt hinzunehmen sei und die Besucher nicht „mundtot“ gemacht werden dürften.

Auf die Frage des **Fraktionsvorsitzenden vom Hagen** (Grüne), wer die angesprochene Werbekampagne finanziere, erklärt **Bürgermeister Kreuzberg**, dass die Stadt Vorschläge für die Gestaltung von Druckmaterial und Unterstützung für die Werbekampagne durch eigenes Personal zugesagt habe. Alles, was darüber hinausgehe, liege kostenmäßig in der Verantwortung der Gastwirte.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) bezeichnet den geplanten Wertekatalog als sehr gut. Er fragt, ob es bei den langen Öffnungszeiten in der Stadt bleibe.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass es keine Sperrstundenregelung mehr gebe.

## **8. Genehmigung einer Dienstreise des stellvertretenden Bürgermeisters Heinz Jung (SPD) in die Partnerstadt Kunice/Polen**

Der Hauptausschuss genehmigt die Dienstreise des stellvertretenden Bürgermeisters Heinz Jung in Vertretung des Bürgermeisters vom 21. bis 24. Mai 2010 in die polnische Partnerstadt Kunice/Polen.

- einstimmig -

## **9. Anfragen**

### **9.1 Kulturförderabgabe**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt hinsichtlich der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe, ob die Stadt über eine Kulturabgabe nachdenke bzw. ob es nicht Sinn mache, einmal darüber nachzudenken.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass man entsprechende Überlegungen bereits getroffen habe. Allerdings bedürften neue Steuern der Genehmigung des Innenministers und des Finanzministers. Zur Zeit laufe aufgrund eines entsprechenden Antrages der Stadt Köln ein solcher Prüfungsprozess. Er schlage vor, dessen Ergebnis abzuwarten.

### **9.2 Wahlplakate**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) weist darauf hin, dass viele Wahlplakate nicht ausreichend befestigt worden seien und sich in Grünanlagen und Feldern wieder finden würden. Er bittet, die Parteien darauf hinzuweisen, dass sie für die Entfernung verantwortlich seien.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Parteien in Kürze angeschrieben würden, ihre Wahlplakate zu entfernen. Falls danach noch Plakate bzw. Plakatteile im Stadtgebiet zu finden seien, würden diese städtischerseits entsorgt und die Kosten den jeweiligen Parteien in Rechnung gestellt.

**Stellvertretender Bürgermeister Jung** (SPD) weist darauf hin, dass die Plakate der SPD bereits vollständig entfernt worden seien.